

# CSU



## Gegen Gewalt und Extremismus

Leitantrag  
des  
Parteivorstandes

*56. Parteitag der CSU  
6./7. November 1992  
Nürnberg, Frankenhalle*

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Die Achtung der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen, sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sind der Christlich-Sozialen Union oberste Verpflichtung. Menschlichkeit und Toleranz sind die Kennzeichen christlich-abendländischer Kultur und die Markenzeichen christlich-sozialer Politik.

Die CSU verurteilt rechtsextremistische Ausschreitungen und gewalttätige Übergriffe gegen alle Ausländer, insbesondere auch gegen Asylbewerber auf das schärfste. Für diese Gewaltakte gibt es keinerlei Rechtfertigung und Entschuldigung. Sie bedrohen die innere Sicherheit unseres Landes, bringen Leid und Unglück über unschuldige Menschen und verdunkeln das Bild unseres demokratischen Rechtsstaates im Ausland. Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten können nicht unnachsichtig genug verfolgt, verbale Entgleisungen gegen jüdische Mitbürger nicht scharf genug verurteilt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland war immer ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land und muß es auch bleiben. Bayern steht geradezu beispielhaft für diese weltoffene Gastlichkeit. Menschen aus allen Erdteilen besuchen gerne Deutschland, umgekehrt reisen Jahr für Jahr Millionen Deutsche in alle Welt. Deutschland ist an einer guten Nachbarschaft und Freundschaft zu anderen Völkern und Staaten gelegen. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für Menschen, die von Krieg und Not, von Naturkatastrophen, Hunger und Elend heimgesucht werden, ist beispielhaft. Die bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer leisten seit Jahren für unsere Wirtschaft, für unseren Staat und für unsere Gesellschaft einen wichtigen Beitrag und werden von den Deutschen geachtet und respektiert. Dem Ansehen Deutschlands im Ausland ist durch die gewalttätigen Ausschreitungen schwerer Schaden zugefügt worden.

Haß und Gewalt gegen Asylbewerber und andere Gruppen von Ausländern in Deutschland sind Formen rechten Terrors, die den Untaten von linksextremistischen Mörderbanden in nichts nachstehen. Extremisten von links wie von rechts müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Wer Leib und Leben von Menschen gefährdet, Häuser in Brand steckt und Ausländerhaß schürt, ist kriminell und muß mit der vollen Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen werden.

Nicht nur den Straftätern, sondern auch ihren Sympathisanten und radikalen Parteien muß klargemacht werden, daß Gewalt kein Mittel der Politik sein darf. Kein Problem und kein Mißstand rechtfertigen in der Demokratie die

Anwendung von Gewalt. Wer Gewalt ausübt oder duldet, verläßt die Gemeinschaft der Demokraten und rüttelt an den Fundamenten des demokratischen Staates. Die seit Monaten anhaltende Welle von Gewalttaten mit rechtsradikalem und ausländerfeindlichem Hintergrund ist eine ernste Bedrohung für den Rechtsstaat und seine freiheitliche Ordnung. Nur eine wehrhafte Demokratie und ein wehrhafter Staat sichern politische Stabilität und die Sicherheit der Menschen. Das ist die wichtigste Lehre, die aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen werden muß.

Wer die Gewalt der Straße wirksam bekämpfen will, braucht dafür wirksame Instrumente. Diese dem Staat zu geben, ist Aufgabe der verantwortlichen Politiker. Deshalb geht es nicht ums Demonstrieren, sondern ums Handeln. Die bestehenden Rechtsgrundlagen müssen verbessert werden, um der aktuellen Bedrohungssituation wirksam begegnen zu können. Die CSU hat seit Jahren schärfere Gesetze gefordert. Unsere Warnungen und Mahnungen wurden viel zu lange und werden teilweise immer noch in den Wind geschlagen, sogar dazu mißbraucht, der CSU polizeistaatliche und demokratiefeindliche Absichten zu unterstellen. Die Entwicklung hat uns im linksextremistischen Bereich bestätigt, sie gibt uns jetzt auch bei der Einschätzung des Rechtsextremismus recht.

Die CSU hat gehandelt, in Bayern und in Bonn. Im Freistaat wurden speziell ausgebildete Einheiten der Polizei geschaffen, um in Gruppen auftretenden Gewalttätern von vorneherein massiv entgegenzuwirken. Die Polizei hat den notwendigen politischen Rückhalt bei der entschlossenen Bekämpfung von Gesetzesbrechern. In Bayern können offensichtlich unbelehrbare Wiederholungstäter durch Unterbindungsgewahrsam an fortgesetzten Straftaten gehindert werden. Deshalb hat die Polizei in Bayern deutlich bessere Möglichkeiten als in anderen Ländern, gegen Gewalttäter vorzugehen.

Im Bundestag hat die CSU maßgeblich dafür gesorgt, daß Propagierung von Gewalt, Vermummung und passive Bewaffnung jetzt strafbar sind. Weitere Änderungen des Bundesrechts sind erforderlich. Polizei und Justiz müssen bessere Instrumente der Verbrechensbekämpfung und der Vorfeldaufklärung erhalten. Die CSU hat einen umfassenden Forderungskatalog vorgelegt. Notwendig ist eine Erhöhung des Strafmaßes bei Gewaltstraftaten, eine Änderung des Haftrechts, die Zulassung von Abhörmaßnahmen bei Verdacht auf Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß und eine Erweiterung des Straftatbestandes Landfriedensbruch. Der Verfassungsschutz muß rechtsradikalen und rechtsextremistischen Entwicklungen verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Vor allem muß der massenhafte Mißbrauch des

Asylrechts bald beendet werden. Wer sich der Lösung drängender Probleme verweigert, bereitet dem Extremismus von rechts und links den Boden.

Gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen allein aber genügen zur Bekämpfung des Extremismus nicht. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind aufgefordert, durch eine eindeutige Haltung und insbesondere auch durch das Gespräch mit der Jugend ihren Beitrag zur Ächtung eines politischen und gewalttätigen Radikalismus zu leisten. Vordringlich müssen wir die Familie, die Schulen und die Hochschulen in ihrer Fähigkeit stärken, zur sittlichen Orientierung und zur Rechtstreue zu erziehen. Eine besondere Verantwortung tragen Presse, Rundfunk und, vor allem, das Fernsehen. Die zunehmende Darstellung von Gewalt und die verächtliche Behandlung elementarer Rechtsprinzipien hat auf innerlich nicht gefestigte junge Leute verheerende Auswirkungen.

Für die CSU steht fest: Mit Radikalen von links wie von rechts gibt es für Demokraten keine Gemeinsamkeiten. Extremismus und Gewalt fordern unsere Demokratie heraus und verhöhnen unseren Rechtsstaat. Nicht fruchtlose Diskussionen und Appelle, sondern das Handeln der Demokraten ist jetzt gefordert.